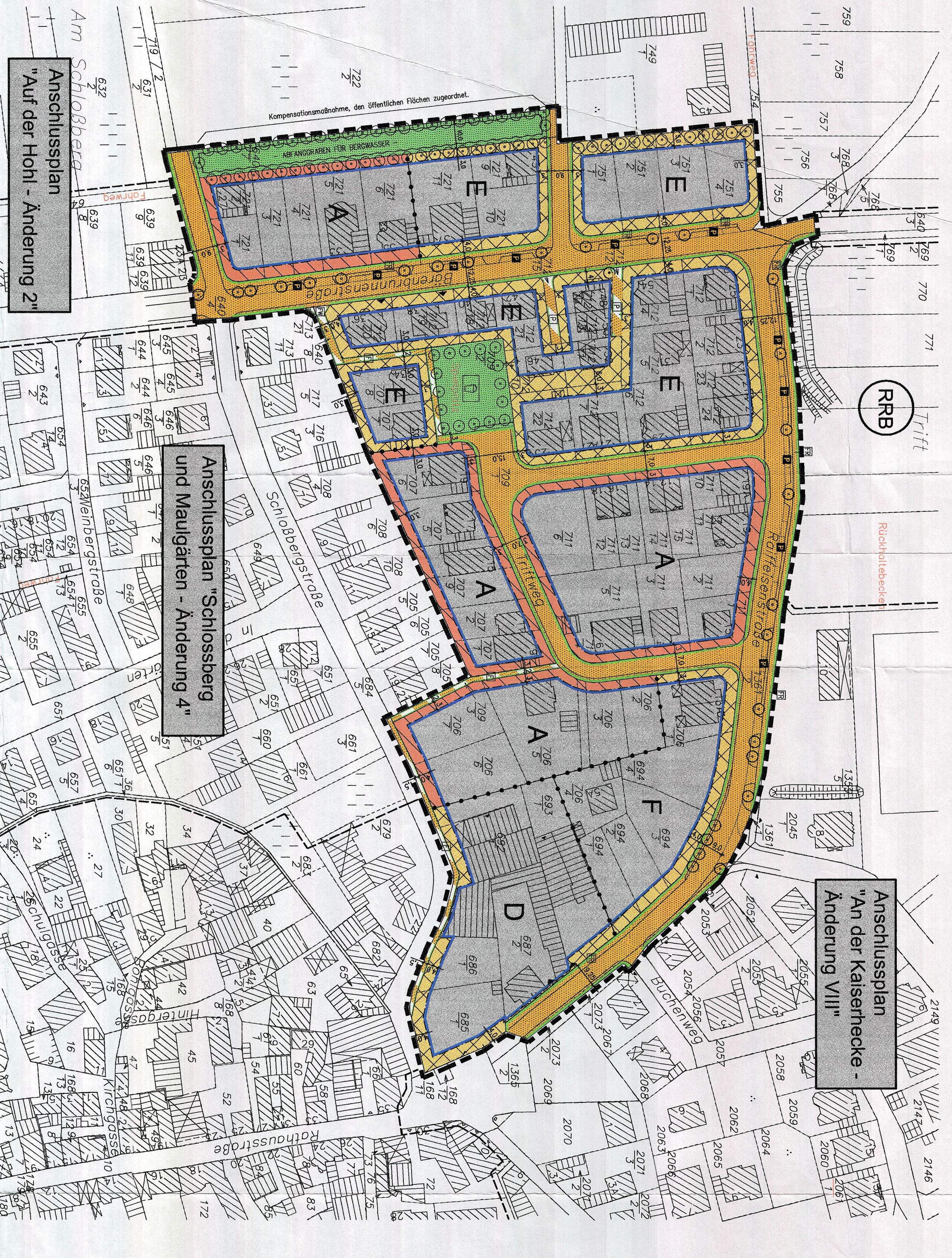


# STADT GRÜNSTADT - ORTSTEIL SAUSENHEIM "BÄRENBRUNNENSTRASSE NORDOST - ÄNDERUNG 2"

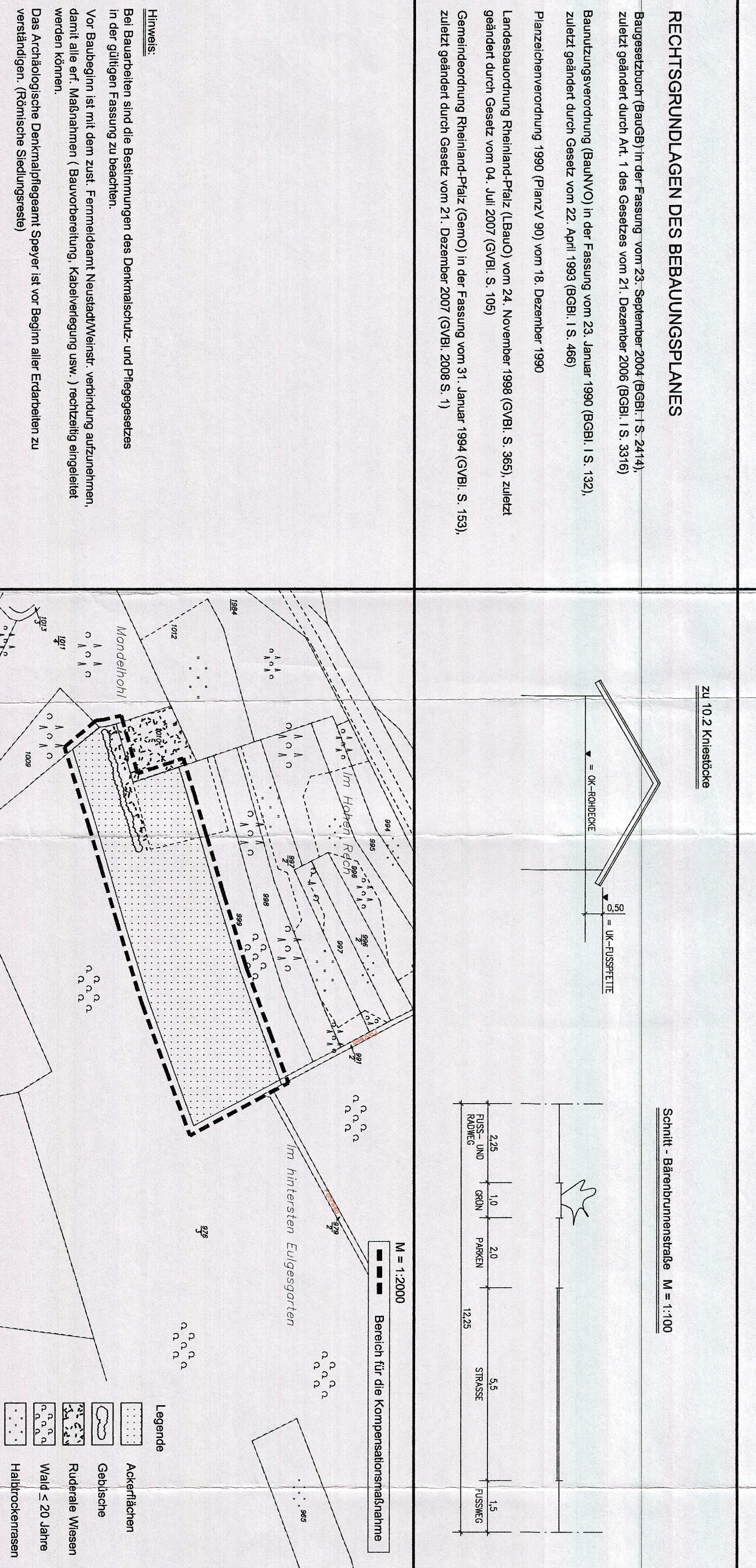


**Rechtliche Grundlagen des Bebauungsplanes**

Baugesetz (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414)  
 zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316)  
 Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132),  
 zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 468)  
 Planzonenverordnung 1990 (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990  
 Landesverordnung Rheinland-Pfalz (LbauO) vom 24. November 1998 (GVBl. S. 366), zuletzt  
 geändert durch Gesetz vom 04. Juli 2007 (GVBl. S. 105)  
 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153),  
 zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2007 (GVBl. 2008 S. 1)

**Hinweis des Geologischen Landesamtes Mainz:**  
 Es sind Baugrunduntersuchungen nach den Vorgaben der DIN 18254 zu empfehlen.

**Hinweis der Deutschen Telekom:**  
 Im Planbereich liegen Fernmeldeanlagen der Deutschen Telekom AG. Bei der Ausführung  
 von Straßenbaumaßnahmen einschließlich Anfräzarbeiten ist darauf zu achten, dass  
 Beschädigungen hiervon vermieden werden. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die  
 Bauarbeiten vorher von der Niederspannung Kabelanlage, Ressort BBN 02 BB 2  
 dieser Anlagen, Sekt. 2221 Frankfurt/Main, Tel.: 06253-7065-11, die genaue Lage  
 dieser Anlagen ermitteln lassen.



## PLANZEICHEN nach der PlanZV90 vom 18. Dezember 1990

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) des Baugesetzbuches-BauGB, §§ 1 - 15 der Baunutzungsverordnung -BauNVO)
- Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
- Dorfgebiete (§ 5 BauNVO)
- max. Anzahl der Wohnheiten pro Wohngebäude zulässig (max. 4 Wö, (bei Dtl sind je Dtl-Häuser nur 2 Wohnungen zulässig))
2. Mass der baulichen Nutzung (§ 9 (1) BauGB, § 17 BauNVO)
  - II Zahl der Vollgeschosse (Höhenbegrenzung)
  - 0,4 Grundflächenzahl GRZ
  - 0,8 Geschossflächenzahl GFZ
3. Bauweisen, Bauformen, Baumgruppen (§ 9 (1) BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
  - 0 offene Bauweise
  - ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
  - Baugruppe

Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse		Nutzungsquoten	
	WA	II	max. 4 Wö	ED
Bauweise	0	ED	0,4	1,2
Grundflächenzahl GRZ	Geschossflächenzahl GFZ		SD/DFW/KW/D	
Dachform		Dachneigung		20-45°

Aussere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 9 (4) BauGB i.V.M. § 88 (1) BauGB)

FP/DF Ficht- und Fichtstiche  
 S/MD Sattel- und Walddächer  
 20-45° zulässige Dachneigung

6. Verkehrsmittel (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)

Stadtebenenverkehrsfläche  
 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Zweckbestimmung:  
 Öffentliche Parkfläche  
 Private Verkehrsfläche  
 E Fußweg  
 FV Fahrradweg  
 FVW Fuß- und Radweg

Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)

Empfohlene Grundstückszufahrt

9. Grünflächen (§ 9 (1) Nr. 15, (6) BauGB)

öffentliche Grünflächen  
 Zweckbestimmung:  
 Kinderspielfläche  
 10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserversorgung, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasseranlasses (§ 9 (1) Nr. 16 und (6) BauGB)

Achtungsbereich für Baggeresser (Muld)

13. Bepflanzung, Nutzungsempfehlungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20, 25 und (6) BauGB)

Erhaltung von Bäumen  
 Anfräzarbeiten eines Baumes

15. Sonstige Parzellen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 (7) BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten oder Baugebietsteilen, die durch unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten des Baugebietes (z.B. § 1 (4), § 16 (6) BauNVO)

16. Platzzeichen zur Darstellung des Bestandes

Malspuren in Mauer  
 Haupt-/Nebeneingänge  
 Haupt-/Nebeneingänge auf Abriss  
 Friedhöfenmarkern  
 vorhandene bzw. vorgesehene neue Grundstücksgrenzen  
 Mauer  
 Mauer mit Zaun  
 Besetzung

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- Baugesetz (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004  
 BauNVO - Baunutzungsverordnung vom 23.01.1990  
 LbauO - Landesbauordnung vom 24.11.1998
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1 BauGB, §§ 1 - 15 BauNVO)
- Gebietsteil "A" - Allgemeines Wohngebiet (WA gemäß § 4 BauNVO)  
 1.1, 1.1.1, 1.1.2, 1.1.3, 1.1.4, 1.1.5 und 1.1.6 gemäss § 1 (6) 1 BauNVO
- Gebietsteil "D, E, F" - Dorfgebiete (MD gemäß § 5 BauNVO)
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1 BauGB, § 17 BauNVO)
- Dass Maß der baulichen Nutzung und für den gesamten Geltungsbereich des Baugebietes wie folgt festgesetzt:
- Die Grundflächenzahl (GRZ) darf in den Gebietsteilen "A, E und F" einen Wert von 0,4 und in Gebietsteil "D" einen Wert von 0,8 nicht überschreiten. Im Gebietsteil "D" wird im Bereich der vorhandenen Wohnbauweise eine Grundflächenzahl (GRZ) bis 0,8 als Ausnahme zugelassen.
- Die Geschossflächenzahl (GFZ) darf in den Gebietsteilen "A und D" nicht überschreiten.
- Die Werte für die Grundflächenzahl (GRZ) und die Geschossflächenzahl (GFZ) gelten als Höchstwerte, dabei können die Vorschriften der Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz zu geringeren Ausnutzung zwingen.

## ORTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

- BAUWEISE (§ 9 (1) BauGB, §§ 22 + 23 BauNVO)
- Die Bauweise wird für den gesamten Geltungsbereich des Baugebietes als offene Bauweise festgesetzt.
- Zu unterschiedlichen Gebäuden ist ein Mindestmaß von 5 m einzuhalten.
- HÖHENLAGE DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 9 (2) BauGB)
- Die Erdbeschneidehöhe (ESH) darf bezogen auf die zulässige Mühle der Baugrubstiefe 0,50 m nicht überschreiten. In Bereichen in denen mit erhöhtem Grundwasserstand zu rechnen ist, sind Ausnahmen zulässig, wenn im Rahmen der Ausbaumaßnahmen vorgesehen sind.
- FLÄCHEN FÜR GARAGEN, STELLPLATZE UND NEBENANLAGEN (§ 9 (1) Nr. 4 und Nr. 11 BauGB - §§ 21 und 14 BauNVO)
- Garagen sind auch außerhalb der überbauten Grundstücksflächen zulässig. Garagen, Carports (überdachte Stellplätze) und Nebenanlagen sind nach den Vorschriften der LbauO in der jeweils gültigen Fassung zu errichten.
- Vor Garagen ist ein Stauraum von mind. 5 m tief einzuhalten. Der Stauraum kann bei Verwendung von Automaten entfallen.
- BOSCHUNGEN UND STÜTZMAUERN, SONSTIGE ZIELE, HERSTELLUNG DES STRASSENKÖRPERS (RR/GRÜBELCH/SIMD) (§ 9 Abs. 1 Nr. 28 BauGB)
- Die für die Herstellung der Verkehrsfläche erforderlichen Besetzungen von Stützmauern sind soweit sie in der Planzeichnung besetzt sind, von Angelegern auszuführen. Die Besetzungen sind zu ändern.
- VERKEHRSLÄCHEN UND SICHTWINKEL (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- Einfriedung und Anpflanzungen, innerhalb der Fläche der Sichtwinkel dürfen eine Höhe von 0,8 m nicht überschreiten.
- ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und 25 BauGB)
- Im Zuge der Sanierungsarbeiten werden Bäume in Reihe gefällt. Der Abstand der Bäume beträgt in der Regel 10,0 m. Je nach Ort (Vegetationsauswahl gem. 8.4).
- An der westlichen Grenze des Baugebietes sind ein Aufzugsgraben angebracht. Er wird als Naturhaie gestaltet und mit Wildrosen bepflanzt.
- Der Spielplatz ist mind. zu 30% der Gesamtfläche getrennt zu gestalten. Es werden Bäume und Sträucher gemäß Vegetationsauswahl 8.4 verwendet.
- VEGETATIONS-AUSWAHL:

- Für die Baumgruppen in Stadtkernum sowie innerhalb der Parzellen können zur Auswahl:
- SPRITZHOHN BERGHOHN WALNUSS EICHE MEHLBEERE LINDE
- Qualitäts- und Gdeltmerkmale: 3x, (M.B) STU mind. 18-20 cm
- Für die Baumgruppen im Bereich der sonstigen Flächen für Pflanzgründe können folgende Bäume zur Auswahl:
- SPRITZHOHN BERGHOHN WALNUSS EICHE MEHLBEERE LINDE WILDAPFEL KRISCHKE ZWETSCHIGE
- Qualitäts- und Gdeltmerkmale: 3 x, (M.B) STU 16-18 cm
- Für die Heister und die Strauchpflanzungen können zur Auswahl:
- FEIGENBAUM HANDELBAUM KASSEL HECKENKIRSCHHE HÄHNCHENHECKE TRAUBEINLÖWENJAEGER HARTRIEGEL LIGUSTER WOLLEIBER SCHNEIHELBAU EBERESBE ELSBERE
- Qualitäts- und Gdeltmerkmale: 2x, Heister und Sträucher mind. 60 - 100 cm hoch
- Die im Regionalplan vorgesehenen Baumstellen werden mit folgenden Pflanzen, Rasenpflanzenarten o.ä. versehen:
- Die öffentlichen Fußwege der inneren Erschließung werden gefahrdet.
- Pflanzbedingungen und Pflegevorschriften:
- Örtliche und private Stellplätze sind mit Bäumen zu bepflanzen. Jedem dritten Stellplatz ist ein Baum aus der Vegetationsauswahl gem. 8.4 zuzurechnen.
- Garagen und Carports sind mit Pflanzgründen, Kimpfpflanzen und/oder Dachbegrünung zu gestalten.
- Bei der Pflanzungen in privaten Bereich sind die im Nachbereich von den Pflanzgründen "Spillgrün" rasen gegeben
- Die Kosten für die Kompostiermaßnahmen auf den von der Gemeinde bereitgestellten Grundstücken 992/2, 100/1 und 1002/1 (Baugebiet "Bärenbrunnenstrasse Nordost - Änderung 1" im Planbereich der Nutzungsstationen "A, E und F" zugerechnet.
- Die Kosten für die Kompostiermaßnahmen auf dem von der Gemeinde bereitgestellten Grundstücken 992/2, 100/1 und 1002/1 (Baugebiet "Bärenbrunnenstrasse Nordost - Änderung 1" im Planbereich der Nutzungsstationen "A, E und F" zugerechnet.
- Die Kosten für die Kompostiermaßnahmen auf dem von der Gemeinde bereitgestellten Grundstücken 992/2, 100/1 und 1002/1 (Baugebiet "Bärenbrunnenstrasse Nordost - Änderung 1" im Planbereich der Nutzungsstationen "A, E und F" zugerechnet.
- Die Oberflächenwasser aus den Dachflächen sind, soweit möglich, auf dem Grundstück zu versickern. Die Versickerung der befestigten Flächen sind darf ein Minimum zu realisieren und mit versickerungsfähigen Materialien durchzuführen.

1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 BauGB i.V.M. § 2 (1) BauGB
- Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 13 BauGB
- Beteiligung der Bürger gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
- Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB, § 13 BauGB
- Beschlussfassung über Bedenken und Anregungen der Träger öffentlicher Belange gemäß § 5 Abs. 2 BauGB
- Beschluss über die öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 9 Abs. 2 BauGB, § 13 BauGB
- Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung gemäß § 9 Abs. 2 BauGB
- Bekanntmachung der Träger öffentlicher Belange über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Mitteilung des Prüfungsbeschlusses gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Beschluss über den Bebauungsplan als Satzung gemäß § 10 BauGB
- Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, besteht aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, die während der öffentlichen Auslegung vorgebracht wurden, und ist öffentlich zugänglich.
- Der Bürgermeister:
- Örtliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gem. § 10 (3) 1. BauGB
- Inkrafttreten des Bebauungsplanes gemäß § 12 BauGB
- Gemacht, den 20.08.2008

**VERFAHRENSVERMERKE**

Datum	Vermerk
18.12.2007	1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 BauGB i.V.M. § 2 (1) BauGB
28.03.2008	2. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 13 BauGB
09.05.2008	3. Beteiligung der Bürger gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
10.06.2008	4. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB, § 13 BauGB
18.12.2007	5. Beschlussfassung über Bedenken und Anregungen der Träger öffentlicher Belange gemäß § 5 Abs. 2 BauGB
28.03.2008	6. Beschluss über die öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 9 Abs. 2 BauGB, § 13 BauGB
07.04.2008	7. Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung gemäß § 9 Abs. 2 BauGB
09.05.2008	8. Bekanntmachung der Träger öffentlicher Belange über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
10.06.2008	9. Öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
10.06.2008	10. Prüfung der während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
10.06.2008	11. Mitteilung des Prüfungsbeschlusses gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
10.06.2008	12. Beschluss über den Bebauungsplan als Satzung gemäß § 10 BauGB
20.08.2008	13. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, besteht aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, die während der öffentlichen Auslegung vorgebracht wurden, und ist öffentlich zugänglich.
20.08.2008	14. Örtliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gem. § 10 (3) 1. BauGB
20.08.2008	16. Inkrafttreten des Bebauungsplanes gemäß § 12 BauGB

